

Protokoll:

Die Tagesordnungspunkte 1 bis 5 der öffentlichen Sitzung werden wegen Sachzusammenhangs gemeinsam aufgerufen.

Die Fraktionen halten zunächst ihre Etatreden:

Für die CDU-Fraktion spricht der Fraktionsvorsitzende Rm Otto.

Für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen spricht die Fraktionsvorsitzende Rm Theisen.

Für die SPD-Fraktion spricht Rm Dr. Köbberling.

Für die AfD-Fraktion spricht der Fraktionsvorsitzende Rm Paul.

Für die FW-Fraktion spricht der Fraktionsvorsitzende Rm Wefelscheid.

Für die Fraktion Die LINKE-PARTEI spricht Rm Wilhelm.

Für die WGS-Fraktion spricht der Fraktionsvorsitzende Rm Schupp.

Für die FDP-Fraktion spricht der Fraktionsvorsitzende Rm Schöll.

(Die Etatreden stehen, sofern sie dem Ratsbüro zur Verfügung gestellt wurden, im Infosystem zur Verfügung.)

Anschließend trägt Herr Oberbürgermeister Langner die Eckdaten des Haushaltes vor. Er weist im Vorfeld darauf hin, dass sich die Abstimmungen über die Hebesätze der Grund- und Gewerbesteuer auf den danach zur Abstimmung stehenden Haushaltsplanentwurf auswirken werden.

Die CDU-Fraktion stellt zu TOP 1 einen Änderungsantrag zum Beschlussentwurf der 2. Alternative:

1. den Hebesatz der Grundsteuer A ab dem Jahr 2025 auf 340 v. H. festzulegen,
2. den Hebesatz der Grundsteuer B ab dem Jahr 2025 zunächst auf 420 v. H. festzulegen.

Die weiteren Ausführungen der Alternative sollen ersatzlos gestrichen werden.

Die FW-Fraktion spricht sich gegen den Änderungsantrag aus. Herr Schleiffer (Amt 30) merkt an, dass der letzte Satz der weiteren Ausführungen bestehen bleiben müsse.

Der Antrag der CDU-Fraktion wird bei 26 Ja-Stimmen und 27 Gegenstimmen mehrheitlich abgelehnt.

Anschließend wird die Alternative 2 des Beschlussentwurfs zur Abstimmung gebracht.

Herr Oberbürgermeister Langner weist noch einmal darauf hin, dass die Beschlussfassungen der Punkte 3 und 5 das berücksichtigen, was bei den vorhergehenden Punkten beschlossen wurde.

Die FW-Fraktion stellt zu TOP 5 einen Änderungsantrag auf Streichung von Planungsansätzen in Höhe von 1,4 Millionen Euro beim Punkt „Unterbringungskoordination Sicherheitsdienst“. Der Antrag wird bei 5 Ja-Stimmen und einer Stimmenthaltung mehrheitlich abgelehnt.